

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 71 (1993)
Heft: 3

Buchbesprechung: Bücherwelt

Autor: Marti, Urs / Kästli, Tobias

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sehnsucht nach Gemeinschaft

Der Verlust an Gemeinschaft wird im **fortschreitenden Prozess ökonomischer Liberalisierung** stets von neuem **erlebt.**

Christel Zahlmann (Hg.): Kommunitarismus in der Diskussion. Rotbuch Verlag, Berlin 1992. 153 Seiten.

Axel Honneth (Hg.): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1993. 226 Seiten.

Micha Brumlik, Hauke Brunkhorst (Hg.): Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1993. 382 Seiten.

Der Name mag neu sein, das Anliegen, für das er steht, ist es nicht. Der Kommunitarismus, von dem in der politischen und sozialwissenschaftlichen Diskussion gegenwärtig so viel die Rede ist, verhilft Sorgen, die die Menschen heute so gut kennen wie vor hundert und mehr Jahren, zu einer neuen Sprache. Als wirtschaftliche, aber auch als politische und ethische Ordnung ist der Liberalismus eine unheimliche Kraft, die die Menschen entwurzelt und atomisiert, sie aus der Geborgenheit der Gemeinschaft herausreisst und als ohnmächtige und isolierte Wesen in die brutale Welt der Konkurrenz stellt, so lautet die nicht verstummende Klage. Der Aufstieg des Kapitalismus hat bei den betroffenen Bevölkerungsschichten immer schon tiefes Misstrauen und Ängste ausgelöst. Solche Gefühle haben sich im letzten Jahrhundert in Europa zu einer konservativ, romantisch oder sozialistisch motivierten Kulturkritik verdichtet, die dem Liberalismus den Zerfall der Moral und der

sozialen Harmonie zur Last legt. Marx hingegen rechnete dem Liberalismus die politische Emanzipation der Menschen als Verdienst an.

Der Verlust an Gemeinschaft wird im fortschreitenden Prozess ökonomischer Liberalisierung stets von neuem erlebt. Bekanntlich hat das Experiment der „reagonomics“ in den Vereinigten Staaten zu einer beängstigenden sozialen Desintegration geführt; man muss den Kommunitarismus als sozialpolitisches Programm auch vor dem Hintergrund dieses Experiments begreifen. Unter der Leitung des Religionssoziologen Robert Bellah veröffentlichte 1985 eine AutorInnen-Gruppe das Buch „Habits of the Heart“; ihm folgte sechs Jahre später „The Good Society“. Die Ausdehnung der Markt-Logik auf alle gesellschaftlichen Sphären und der radikale Individualismus wurden im Namen des solidarischen Gemeinwesens, der sozialen Verpflichtung kritisiert. Die auf familiären und kirchlichen Werten beruhende Gemeinschaftsmoral der Neuengland-Staaten erschien in einem positiven Licht. Amitai Etzioni, seit Jahren ein führender Kopf der liberalen Linken, erteilte dem neoliberalen Menschenbild mit seinem Buch „The Moral Dimension. Towards a New Economics“ (1988) eine Absage. Kommunitaristische Ideen haben in der letzten Zeit zur Belebung der politischen Debatte in den USA beigetragen, vor allem im demokratischen Lager. Widerspruch erwächst ihnen nicht nur von rechts, sondern auch von der radikalen Linken; aus ihrer Sicht erscheint etwa die Aufwertung

puritanischer Wertvorstellungen und der traditionellen Familienmoral als Ärgernis. In Kreisen der europäischen Linken stösst die neue Begeisterung für die Idee der Kommunität aus naheliegenden Gründen nicht nur auf Verständnis. Auf den Mythos der Gemeinschaft haben sich nämlich bis hin zum Nationalsozialismus häufig Bewegungen mit antiuniversalistischen, antiegalitären und antidemokratischen Ideologien berufen. Der Begriff der Gemeinschaft steht in der europäischen Geschichte der politischen Ideen eher für vormoderne, patriarchalische Ordnungsvorstellungen, insbesondere auch für die feindselige Ausgrenzung des als fremd Empfundenen, denn für Solidarität und Gemeinsinn. Aufgeklärtes Denken hat gerade in der Auflösung gemeinschaftlicher Bindungen, in der Befreiung von moralischen Konventionen, in der wachsenden Mobilität der Einzelnen eine Chance erkannt. In der linken und feministischen Kritik wird denn auch der Verdacht laut, der Kommunitarismus neige zur Verklärung traditioneller Herrschaftsverhältnisse und Rollenzuweisungen, er suche mit Rezepten aus der Vergangenheit die Probleme der Gegenwart zu lösen.

Im Streit zwischen Kommunitarismus und Liberalismus, der zur Zeit vor allem in Deutschland hohe Wellen wirft, geht es zwar auch um politische, stärker aber um philosophische, anthropologische und ethische Fragen. Gemäss liberalem Verständnis beruht der soziale Zusammenhalt auf Rechtsbeziehungen, auf Vertragsverhältnissen, die autonome Individuen eingehen. Der Kommunitarismus verweist hingegen auf die Bedeutung gemeinschaftlicher Wertvorstellungen; in seiner Sicht verdankt das Individuum seine Identität dem Kollektiv. Die beiden Positionen führen zu unterschiedlichen Definitionen von Gerechtigkeit. Sie lassen aber nicht unbedingt auf gegensätzliche politische Ansichten schliessen. Viele ProtagonistInnen der liberalen wie der kommunitaristischen Seite vertreten in der Politik

Auffassungen, die wir als linksliberal bezeichnen können. Uneinig sind sie sich im Hinblick auf die philosophische Begründung einer solchen Politik.

In deutscher Sprache liegen jetzt drei Sammelbände vor, die eine Einführung in die Kommunitarismus-Debatte versprechen. Wo beginnen? Wer sich einen ersten Überblick verschaffen will, ist gut beraten, zunächst Otto Kallscheuers Literaturbericht zu lesen; er beschliesst den von *Christel Zahlmann* herausgegebenen Band. Die meisten Beiträge in diesem Buch gehen auf Artikel zurück, die zuerst in der „Frankfurter Rundschau“ erschienen sind. Das spricht nicht gegen ihre Qualität. Empfohlen seien hier etwa die Texte von Honneth, Fach, Rössler und Steinfath. LeserInnen, die mit der amerikanischen Diskussion nicht vertraut sind, werden jedoch kaum die gewünschte Einführung vorfinden. Einzelne Aspekte des Themas werden eher stichwortartig abgehandelt. Überdies hätte die „streitbare Einführung“, die der Untertitel in Aussicht stellt, eine stärkere Vertretung kommunitaristischer Positionen verlangt. Immerhin stellt der Aufsatz von Bellah, Madsen, Sullivan, Swidler und Tipton ein kleines kommunitaristisches Manifest dar.

Auch der von *Micha Brumlik* und *Hauke Brunkhorst* herausgegebene Band, der die Vorträge eines Frankfurter Kongresses von 1992 versammelt, eignet sich nicht unbedingt als Einführung. Häufig stehen philosophische Spezialfragen im Vordergrund, deren Relevanz für die politische Dimension des Kommunitarismus-Streits nur noch zu erahnen ist. Die Lektüre lohnt sich in einigen Fällen dennoch. Zu empfehlen ist in erster Linie der Aufsatz von Martha C. Nussbaum. Ihre Ausführungen machen einsichtig, warum die Diskussion philosophischer Grundsätze für die politische Praxis relevant werden kann. Sie legt dar, weshalb eine sozialdemokratische Politik der Planung auf eine Philosophie des menschlichen Wesens und auf die Idee des guten Lebens angewiesen bleibt. Die

**Gemäss liberalem
Verständnis beruht
der soziale
Zusammenhalt auf
Rechts-
beziehungen, auf
Vertrags-
verhältnissen, die
autonome
Individuen
eingehen.**

engagierte Feministin zeigt überdies, weshalb der traditionalistische Kommunitarismus und der auch in progressiven Kreisen populäre Kulturrelativismus den politischen Problemen der Gegenwart nicht angemessen sind.

Wer sich über den Verlauf der philosophischen Debatte und über die wichtigsten darin vertretenen Standpunkte ins Bild setzen will, hält sich am besten an den von *Axel Honneth* herausgegebenen Band. Hier kommen die amerikanischen KontrahentInnen selbst zu Wort. John Rawls hatte mit der Publikation seiner „Theorie der Gerechtigkeit“ (1971) eine lebhafte Kontroverse ausgelöst. Rawls wollte den Vertragsgedanken aktualisieren und griff dabei – so die kommunitaristische Kritik – auf die unhaltbare Hypothese moralisch und sozial ungebundener Personen zurück. Michael Sandel formulierte diese Kritik in seinem 1982 erschienenen Buch „Liberalism and the Limits of Justice“; von ihm stammt der erste Beitrag. Das von der liberalen Ethik vorausgesetzte ungebundene Selbst, so heisst es darin, scheint Wirklichkeit geworden zu sein; es ist aber eher entmachtet als befreit und in einem Netzwerk von ungewollten Verpflichtungen verstrickt, ohne sich mit gemeinschaftlichen Zielen identifizieren zu können. Von Rawls selbst ist der wichtige Aufsatz „Gerechtigkeit als Fairness: politisch und nicht metaphysisch“ aus dem Jahre 1985 abgedruckt.

Die hierzulande wohl bekanntesten Kommunitaristen, Charles Taylor und Michael Walzer, sind mit zwei jüngeren Aufsätzen vertreten. Darin wird deutlich, in welcher Richtung sich zwischen den zunächst gegensätzlichen Positionen ein Konsens abzeichnen könnte. Bei der „Gemeinschaft“, die der Kommunitarismus verteidigen

will, handelt es sich schliesslich in der Regel um die moderne liberale Demokratie. Taylor will den Nachweis erbringen, dass diese Ordnung nie allein auf allgemein akzeptierten Verfahrensregeln beruhen kann, sondern auf gemeinsame Wertorientierungen wie den Patriotismus angewiesen bleibt. Walzer geht von der Erfahrung zunehmender geographischer, sozialer, partnerschaftlicher und politischer Mobilität in modernen Gesellschaften aus und fordert dazu auf, die Freiheit der Individuen, sich zusammenzuschliessen oder aber Gruppenbindungen zu lösen, selbst als gemeinschaftsbildenden Wert zu begreifen.

Mit dem Plädoyer für die Rückbesinnung auf den republikanischen Humanismus hat Taylor sowohl die Kommunitarismus- wie die Zivilgesellschaftsdebatte massgeblich beeinflusst; auch Walzers Schriften sind für beide Diskussionen relevant. Man muss jedoch die zwei Konzepte auseinanderhalten. Geht es in den Theorien der *Zivilgesellschaft* um Assoziationen, die ihre Ansprüche gegenüber dem Staat geltend machen, also letztlich um ein neues Verständnis demokratischer Praxis, so fragt der *Kommunitarismus*, welche Gemeinschaftsformen politisch handlungsfähig sind bzw. individuelles politisches Handeln ermöglichen und in welchem Mass der Staat Gemeinschaftswerte repräsentieren sollte. Er befasst sich überdies mit sozialwissenschaftlichen Grundproblemen, etwa mit der „sozialen Geburt“ des Selbst, die für zivilgesellschaftliche Entwürfe eher unerheblich sind. Was beide Debatten freilich verbindet, ist nicht zuletzt der Umstand, dass sie Ausdruck jener postsozialistischen Resignation sind, die die Linke seit einiger Zeit erfasst hat.

Urs Marti

Multikulturalismus contra Rechtsextremismus

Daniel Cohn-Bendit und Thomas Schmid, Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie. Hoffmann und Campe, Hamburg 1992. 384 Seiten, Fr. 39.—.

Claus Leggewie, Multi Kulti. Spielregeln für die Vielvölkerdemokratie. Rotbuch Verlag, Berlin, 3. Aufl. (mit neuem, aktuellem Vorwort) 1993. 166 Seiten, Fr. 15.90.

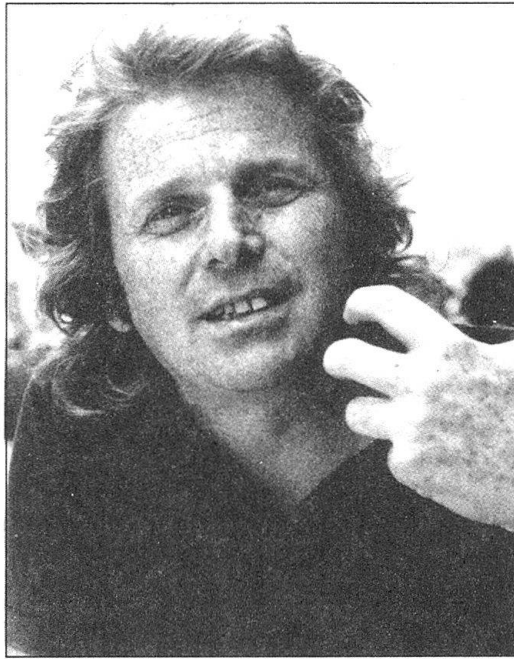
Die Phänomene des Ausländerhasses und des Rechtsextremismus in der Schweiz sind in verschiedenen Publikationen beschrieben worden. Was uns fehlt, ist eine soziologisch-politische Analyse, die Lösungsansätze aufzeigt. In Deutschland ist man in dieser Beziehung weiter. Die dortige Diskussion kreist insbesondere um die Begriffe der Multikulturalität (als gesellschaftlichen Zustand) und Multikulturalismus (als Bewusstseinslage, die sich dem multikulturellen Wesen der heutigen Einwanderungsgesellschaften anpasst). Dazu gibt es zwei aktuelle und wichtige Publikationen, die auch in der schweizerischen Diskussion weiterhelfen können. Die eine trägt den Titel „Heimat Babylon“ und ist von Daniel Cohn-Bendit und Thomas Schmid geschrieben worden.

Thomas Schmid, geboren 1945 in Sachsen, gehörte zur Frankfurter Spontiszene der siebziger Jahre. Heute wirkt er gesetzter, gemässiger und vorsichtiger. Er lebt als freier Publizist (letzte Publikation 1990: „Staatsbegräbnis. Von ziviler Gesellschaft“) und ist Berater des Frankfur-

ter Amtes für multikulturelle Angelegenheiten. Chef dieses Amtes ist Daniel Cohn-Bendit. Dieser ist der eigentliche Mister Multikulti; er hat den Begriff des Multikulturalismus populär gemacht und steht mit seiner Person dafür ein.

Cohn-Bendit, geboren 1945 in Montauban, ist deutsch-jüdischer Herkunft und wuchs in Frankreich auf. Er war einer der Protagonisten der studentischen Protestbewegung im Pariser Mai 68. Gegen ihn wurden von bürgerlicher Seite, aber auch von seiten der stalinistischen Linken anti-deutsche und antijüdische Gefühle mobilisiert. Weil er die französische Staatsbürgerschaft nicht besass, wurde er kurzerhand aus Frankreich ausgewiesen. Das war ein nationalistisch legitimierter Akt des gaullistischen Regimes, der zu einer antinationalen Reaktion der neulinken und liberalen Öffentlichkeit führte: Am 20. Mai 1968 versammelten sich an die 100 000 Leute zu einer Solidaritätsdemonstration für Cohn-Bendit und skandierten: „Wir sind alle deutsche Juden!“ Diese Demonstration bezeichnet Cohn-Bendit als den ersten grossen multikulturellen Akt in seinem Leben.

Nach seiner Ausweisung lebte Cohn-Bendit in Frankfurt, war, wie Thomas Schmid, Teil der dortigen Spontiszene, wurde anti-autoritärer Kindergärtner, redigierte das Szenenblatt „Pflasterstrand“ und funktionierte es zum „Frankfurter Journal“ für „neue Städter“ um. Er schloss sich den Grünen an, legte sein revolutionäres Image ab, blieb aber ein gewitzter Provokateur rechter wie linker Konventionen.



Daniel Cohn-Bendit

(Bild: Gerd-Ulli Baranski)

Als Frankfurt 1989 eine rot-grüne Mehrheitsregierung bekam, wurde ein Amt für multikulturelle Angelegenheiten geschaffen. Die ehrenamtliche Funktion eines Dezernenten für multikulturelle Angelegenheiten übernahm Cohn-Bendit. Er, der geborene Kommunikator, versucht seither unermüdlich, die Öffentlichkeit für die Probleme des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern zu sensibilisieren. Seine Arbeit wird als Pioniertat geschätzt, aber auch immer wieder kritisiert, und zwar von rechter wie von linker Seite. Für die Rechtsextremisten ist er ein gefährlicher Demagoge, der die Abwehrfront gegen das Ausländische untergräbt, für die harten Linken ein blosser Schwätzer, der, statt das revolutionäre Potential der AusländerInnen zu nutzen, diese mit den Ausbeutungsverhältnissen, in denen sie gefangen sind, zu versöhnen sucht.

In „Heimat Babylon“ legen Cohn-Bendit und Schmid ihre Sicht der modernen Gesellschaft ausführlich dar. Die Lektüre dieses Buches ist eine Art Therapie, die uns von unseren Vorurteilen, von unserem heimlichen Rassismus befreit. Es ist eine Einübung in multikulturellem Denken. Die Autoren untersuchen ihr Thema analytisch, historisch, soziologisch, sie gehen

es von immer neuen Seiten her an. Manchmal wiederholen sie sich, und gewisse Kapitel empfand ich als ziemlich langfädig. Aber das Ganze ist doch höchst lesenswert. Schon die Einleitung war für mich ein Augenöffner: Deutschland sei ein Einwanderungsland, benehme sich aber wie ein Land, das nur den „Deutschstämmigen“ gehört. Einwanderung werde als Ausnahmefall behandelt; man tue so, wie wenn es normal wäre, dass die Leute an ihrem Ort blieben, und daraus erwachse eine Abwehrhaltung gegenüber den Migranten und Migrantinnen. – Gilt das alles nicht auch für die Schweiz? Ist es nicht auch bei uns so, dass wir die Zuwanderung als Bedrohung empfinden und gern darauf hinweisen, unser Land sei ohnehin überbevölkert? Dass die schweizerische Gesellschaft ohne Zuwanderung zu einer aussterbenden oder zumindest überalterten Gesellschaft würde, dass unser System der Sozialversicherungen ohne die Beiträge der AusländerInnen zusammenbrechen würde, nehmen wir dagegen nur ungern zur Kenntnis. Ist nicht auch die Schweiz faktisch ein Einwanderungsland, will es aber nicht sein? Fehlt nicht auch bei uns ein Einwanderungsgesetz, und verengen nicht auch wir ständig unser Asylgesetz? Ist es nicht auch bei uns so, dass wir von der Möglichkeit der Einbürgerung von Ausländern und Ausländerinnen nur sehr zurückhaltend Gebrauch machen, weil wir davon ausgehen, wer in der Schweiz lebe, sei deswegen noch lange kein Schweizer, keine Schweizerin, denn das Schweizertum wolle entweder ererbt oder mühsam erworben sein?

In Deutschland ist es noch extremer: Dort gilt bei der Einbürgerung im Prinzip immer noch das alte „ius sanguinis“, also das Recht der blutmässigen Herkunft, das eine Einbürgerung von Ausländern und Ausländerinnen, die nicht ihre Deutschstämmigkeit nachweisen können, fast unmöglich macht. So ist es bei uns nicht. Aber vom liberalen „ius solis“, wie es Frankreich im Prinzip kennt, wonach also Landesbürge-

**Die Lektüre
dieses Buches ist
eine Art
Therapie, die uns
von unseren
Vorurteilen, von
unserem
heimlichen
Rassismus
befreit.**

Drei Modelle des Multikulturalismus

Der Begriff Multikulturalismus gibt zu Verwirrung Anlass; er wird nicht nur von linken und liberalen, sondern auch von rechten Kreisen verwendet, bekommt aber damit jeweils einen andern Sinn. Claus Leggewie unterscheidet drei verschiedene Modelle des Multikulturalismus:

1. Das Apartheidsmodell. Die multikulturelle Gesellschaft ist zusammengesetzt aus unterschiedlichen ethnischen Gruppen, wobei die Grenzen zwischen diesen Gruppen undurchlässig sind. Die multikulturelle Gesellschaft wird zur Apartheidsgesellschaft. Jede ethnische Gruppe hat zwar ihre Existenzberechtigung, aber es gibt eine ethnische Rangordnung, die über die Zuteilung der sozialen Chancen entscheidet. So verstandener Multikulturalismus ist eigentlich ein moderner Rassismus; der Begriff der Rasse wird einfach durch den Begriff der Kultur ersetzt.

2. Das Assimilationsmodell. Ethnische Minderheiten gruppieren sich um eine kulturell definierte Mehrheit. Etappenweise — etwa binnen dreier Generationen — gleichen sich die Minderheiten der Mehrheit an. Dieses Modell galt bis vor kurzem auch für die Schweiz. Am perfektesten kam es zum Ausdruck im republikanisch-egalitären Projekt einer politisch-homogenen Gesellschaft der dritten französischen Republik (1875—1940). Differenzen der Herkunft werden nicht geleugnet, aber sie sollen durch die Attraktivität einer universalistischen Menschheitsidee überwunden werden.

3. Postmoderner Multikulturalismus. Weil der Nationalstaat als Denk- und Handlungseinheit ausgedient hat, ist die Gesellschaft ohne hegemoniale Kultur. Die abstrakte universalistische Menschheitsidee, die in Wirklichkeit stark eurozentrisch geprägt ist, taugt nicht mehr. Die transnationale Mobilität hat ein Ausmass erreicht, das die Weltgesellschaft von einer Abstraktion zu einer erfahrbaren Wirklichkeit macht: Es wird deutlich, dass diese Weltgesellschaft eben keine universale Kultur kennt, sondern multikulturell ist. Dies zu akzeptieren und mit der Vielfalt zu leben, gleichzeitig aber neue universelle Werte zu prägen, ist genau der Schritt zum Multikulturalismus; es ist auch der Schritt von der Moderne in die Postmoderne.

Den
vermeintlichen
Normalzustand,
in dem die Leute
an ihrem Ort
bleiben, entlarven
Cohn-Bendit/
Schmid als
historischen
Ausnahmezustand.

rn ist, wer im Land geboren ist, sind wir auch noch weit entfernt.

Den vermeintlichen Normalzustand, in dem die Leute an ihrem Ort bleiben, entlarven Cohn-Bendit/Schmid als historischen Ausnahmezustand. Normal ist, dass die Leute herumziehen, dass ganze Völkerschaften eine neue Heimat suchen müssen. Das gab es immer in der Geschichte, und die beiden Autoren beschreiben an eindrucklichen Beispielen, wie die Migranten und Migrantinnen (HerumwandererInnen) zur Belebung von Kultur und Wirtschaft beitragen. Sie betonen aber auch, dass die Migranten und Migrantinnen bei der ansässigen Bevölke-

rung immer Ängste auslösten, dass es den Fremdenhass immer schon gab. Nicht nur die Migration, auch der Fremdenhass ist normal; man muss ihn als Realität annehmen und versuchen, vernünftig damit umzugehen. Cohn-Bendit/Schmid moralisieren nicht, sie rufen nicht dazu auf, die Fremden zu lieben. Die Fremden wollen nicht besonders geliebt, sondern einfach akzeptiert werden. Dazu braucht es sachliche Aufklärung, denn der Fremdenhass beruht in erster Linie auf Vorurteilen. Diese sachliche Aufklärung bietet das Buch in reichem Mass. Es ist auch mit einem Anmerkungsteil versehen, der Hinweise zu weiterführenden Detailstudien gibt.

**Eine moderne
Vielvölker-
republik kann nur
existieren, wenn
sie sich an
gewisse
universale
Prinzipien hält,
ohne aber die
primären Lebens-
und Kulturformen
zu vergewaltigen.**

Ein wenig anders beschaffen ist das Buch „Multi Kulti“ von Claus Leggewie, Professor für Politikwissenschaft in Giessen. Es ist knapper, dichter und in seinem Diskurs vielfältiger als „Heimat Babylon“. Im Vorwort gibt Leggewie eine aktuelle Übersicht der deutschen Debatte über AusländerInnenrechte und Multikulturalismus. Eindringlich zeigt er auf, warum die Frage, wie verschiedene Gruppen von AusländerInnen und Deutschen friedlich zusammenleben können, so zentral geworden ist, welche Strategien es gibt, welche Lösungsvorschläge. In einer Art soziologischer Deutung des Gleichnisses vom Turmbau zu Babel geht er an die Wurzeln des Problems und zeichnet einen Teil der deutschen Einwanderungsgeschichte nach. Er befasst sich dann auch mit dem modischen, von der Werbung vereinnahmten Begriff des Multikulturalismus (United Colors of Benetton), skizziert verfassungspolitische Grundsätze für einen Vielvölkerstaat und setzt sich kritisch mit Cohn-Bendit auseinander. Eingestreut in seinen Text sind Interviews und kurze Essays zu besonderen Aspekten des Multikulturalismus, etwa der Text des Pariser taz-Korrespondenten Alexander Smotczyk zum Thema „Ästhetik als Widerstand“ oder Sigrid Baringhorsts Beschreibung des Prozesses gegen Salman Rushdie. Die kritische Auseinandersetzung mit Cohn-Bendit und dem Amt für Multikulturelle Angelegenheiten (AMKA) bildet einen Schwerpunkt des Buches. Leggewie ist vorsichtig in seinem Urteil. Tatsache sei, dass das AMKA neue Wege erkunde, es sei aber nicht sicher, ob damit viel erreicht werde. Die „Amtsphilosophie“ gehe von einem „persuasiven“ politischen Programm aus, das Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung kommunikativ und über Symbole vermittelt beeinflussen wolle. Solche Überzeugungsprogramme gälten bei den Politprofis zwar als kostengünstig, aber auch als unwirksam,

denn für sie bestehe Politik darin, anderen mit Geld, Gesetz und Gewalt ihren Willen aufzuzwingen. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten werde belächelt, weil es auf den „herrschaftsfreien Diskurs“ setze. Es erlasse keine Verordnungen, stelle keine Strafzettel aus, habe kaum ein Budget und noch weniger Personal. Leggewie diskutiert Vor- und Nachteile des gewählten Vorgehens, findet, die lokale Antidiskriminierungspolitik müsse noch vermehrt Profil gewinnen, kommt aber insgesamt zu einem positiven Schluss: „Um die Zerstörung der Stadt als sozialem und politischem Ort wenigstens einzudämmen, ist der Frankfurter Weg, Sozialpolitik mit kulturpolitischen Akzenten, genau der richtige.“

Leggewie plädiert für „ethnische Auflockerung, kulturelle Vielfalt und religiösen Pluralismus“. Am Ende aber meint er, das alles mache nur Sinn, wenn letztendlich alle Gesellschaftsglieder als BürgerInnen des Landes am politischen Gemeinwesen teilhaben könnten. Dafür aber brauche es verfassungspolitische Massnahmen. In erster Linie gehe es um die erleichterte Einbürgerung. In einem weiteren Sinn aber gehe es, wie der amerikanische Sozialwissenschaftler Michael Walzer sagt, um „Egalitarismus, vereinbar mit Freiheit“, oder, umgekehrt gesagt, um Integration ohne rabiate Uniformierung. Der Aufbau einer modernen Vielvölkerrepublik ist keine Kleinigkeit, denn eine solche Republik kann nur existieren, wenn sie sich an gewisse universale Prinzipien hält, ohne aber die primären Lebensformen und Kulturkonstruktionen zu vergewaltigen. Was das im Einzelfall heisst — ich denke etwa an den kürzlich vom schweizerischen Bundesgericht entschiedenen Fall eines türkischen Mädchens, dem der Vater verbot, am Schulschwimmen teilzunehmen —, muss wohl immer wieder neu abgeklärt werden.

Tobias Kästli